

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsendern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,30 RM. (Halbmonatl. 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 600. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeit angeschlossen an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 22. Oktober 1928

Nummer 248

Dresden unter dem Sozialistengesetz

Nachfolgenden Artikel entnehmen wir einer im Jahre 1880 in London (German Cooperativ Publishing Co.) erschienenen Schrift „Nach zehn Jahren“, Material und Quellen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. 2. Teil: Die Opfer des Sozialistengesetzes. In dieser Schrift werden besondere Städtebilder gezeichnet. Diesen entnehmen wir die Schilderung über Dresden. In einigen nachfolgenden Artikeln werden wir die Entwicklung der SPD-Führer Dresdens und das Städtebild Dresdens um die Zeit der „demokratischen“ Republik bringen.

Wie es wohl den Genossen in den meisten größeren Orten gehen wird, so ergab es auch uns, es ist einfach und möglich, eine vollständige Liste aller Verhaftungen, Bestrafungen, Hausdurchsuchungen und sonstigen Maßnahmen, wie sie hier gegen Arbeiter und Kleinbürger seit Bestehen des inhumanen Sozialistengesetzes vorgekommen sind, herzustellen. Der Mangel eines während der ganzen letzten 10 Jahre bestehenden Parteiblattes, das von allen Vorkommnissen Notiz genommen hätte, sowie der Umstand, daß mancher sonst ganz wackere Genosse durchschlagende Gründe hat, Ergebnisse, die er auf Grund des Sozialistengesetzes durchzuführen gehob, nicht noch einmal aufzusuchen und sich nicht neuerdings politische Schikanen zuzuziehen oder auch sich wirtschaftlich zu schädigen, macht es unmöglich, alle Früchte, die das Sozialistengesetz hier gezeitigt hat, an das volle Licht der Öffentlichkeit zu stellen. Indes glauben wir, daß auch das, was noch zu berichten bleibt, genügt, zu zeigen, wie auch hier Polizei und Gerichte „trauter Eintracht“ ihr Möglichstes getan haben, um den Arbeitern die Beteiligung am politischen Leben zu verweigern. Ein Erfolg, der freilich, so schrecklich er auch herbeigewünscht worden ist, und wie sehr er auch mit allen Mitteln und ohne jede Rücksicht auf Gesetz und Recht, Familienglück, Moral und Ehre angestrebt wurde, doch nicht erreicht wurde. Die hiesigen Arbeiter leben nach wie vor treu zur Arbeiterklasse, und wenn es uns in den letzten Jahren nicht mehr vergönnt war, einen Arbeitervertreter in den Reichstag zu senden, so trifft die Schuld dafür nicht die Arbeiter, welche auch bei den letzten Wahlen ihre Pflicht voll und ganz taten, sondern jenes hier noch sehr stark vertretene Kleinbürgertum, welches früher, demokratisch angehaucht, mit uns ging, während es jetzt die Kerntuppen des Herrn Adersmann und der künftlerischen „Obermeister“ bildet.

Die politischen Verfolgungen haben ihren Höhepunkt anfangs der achtziger Jahre erreicht, im Januar und Februar 1882, wo deren Urheber durch unsere Abgeordneten im Landtag endlich einmal gebührend an den Pranger gestellt wurden. Wie arg es damals getrieben wurde, das mag eine Zusammenstellung zeigen, die von hier aus bereits in Nr. 7 des „S.D.“, Jahrgang 1882, veröffentlicht wurde. Dort heißt es:

Von Dresdner Gerichten wurden seit Juli 1880 bis Ende Januar 1882 nicht weniger als 90 Parteigenossen wegen politischer Vergehen verurteilt, von welchen 45 eine Gefängnisstrafe von einer Woche und darunter und 45 eine solche von mehr als einer Woche erlitten. Die Gesamtsumme der gegen uns verhängten Haft seit jener Zeit beläuft sich auf 17 Jahre 6 Monate und 16 Tage (in anderthalb Jahren!), eine Zeit, die wohl den eifrigsten Sozialistenverfolger zufriedenstellen dürfte.

Von diesen 17 Jahren um sind nur 12 Jahre 5 Monate 14 Tage Strafhalt, während die übrigen 5 Jahre 1 Monat 2 Tage auf Untersuchungshaft kommen, ein Verhältnis zur Strafhalt, das selbst den deutschen Richtern, wenn sie nicht alle Scham verloren, die Rote ins Gesicht treiben sollte. Die Gesamtuntersuchungshaft belief sich auf 5 Jahre 10 Monate 16 Tage; doch hatten die Dresdner Richter die Güte, von diesen nahezu 6 Jahren — man höre: 9, schreibe neun Monate und 14 Tage für Strafe zu verrechnen, nach deren Ablauf sich die oben genannte Summe von 5 Jahren 1 Monat 2 Tagen ergibt. In der langen Liste der Bestrafungen steht der Zeit nach Poßta mit 1 Jahr 15 Wochen obenan. Ihm folgt Weidner mit 1 Jahr 9 Wochen, Schlüter mit 1 Jahr und Geper mit 11 1/2 Monaten. Nicht mit eingerechnet in diese Statistik sind jene Verurteilungen, die wegen der von der Polizei gemachten Irrtühen an den beiden Wahltagen erfolgten, und die sich an einem Verhandlungstag allein auf 4 Jahre und 9 Monate Zuchthaus und 1 Jahr 8 Wochen Gefängnis belaufen, ungerichtet der zahlreichen schon verhandelten und noch schwebenden Prozesse in dieser Sache, die auch noch mehrere Jahre Gefängnis ergeben.

Zur Erklärung der zuletzt angeführten Verurteilungen sei bemerkt, daß am Tage der Stichwahl gegen Abend sich vor dem Rathaus in Dresden große Menschenmassen angeammelt hatten, um das Wahlergebnis zu erfahren. Diese Massen wurden nun plötzlich durch Militär und Polizei mit geladtem Bajonett vom Platz vertrieben. Darüber kam es zu einem Tumult, und das gab Anlaß, die in Haft Geratenen wegen „Aufruhrs“ vor die Geschworenen zu bringen, die sozialdemokratische Arbeiter vor sich zu haben glaubten und daher mit „Wollust“ ihr Schuldig aussprachen. Unter den Verurteilten befand sich aber nicht ein bekannter Parteigenosse; durchweg waren es ganz harmlose Leute, die die Reuegierde vor des Reichstags getrieben hatte, und die nun als Opfer einer inhumanen Klassenjustiz dafür büßen mußten, daß die Sozialdemokratie in Dresden noch immer nicht verzwunden war.

Wir haben bereits erwähnt, daß die Resultate der vorstehend wiedergegebenen Strafstatistik im Landtag in der gebührenden Beleuchtung zur Sprache gebracht wurden, und da ist es von Interesse, zu hören, wie der Justizminister Adelen die wegen der geringsten Vorfälle verhängte Untersuchungshaft zu rechtfertigen suchte. — „Es ist richtig,“ — so führte der Minister in der Sitzung vom 9. Februar 1882 aus, wo er den vergeblichen Versuch machte, die von Bebel zwei Wochen vorher in der Kammer geführten Resolutionsvorschläge gegen die hier geübten Justizverfahren zu parieren — „es sind in zahlreichen Fällen Verhaftungen vorgenommen worden, wo es sich um die Verbreitung verbotener Schriften handelte, abgesehen deshalb nur“ (Fortsetzung 2. Seite)

Dresden in der „demokratischen“ Republik



Unter der Herrschaft Ebers und Gollmanns
Einmarsch der Reichswehr 1923 — Vorposten-Autos

Die Massen sind bei der KPD

Rundgebung der revolutionären Arbeiter zum Gedenktag des Sozialistengesetzes — Gewaltige Demonstration der KPD in Berlin — Geringere Beteiligung bei der SPD — Auch die Alten sind bei den Kommunisten

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Gestern fanden im Lustgarten Demonstrationen der KPD und SPD als Erinnerung des Erlasses des Sozialistengesetzes vor 50 Jahren statt. Es fiel auf, daß die Teilnehmerzahl bei der Demonstration der KPD bedeutend höher war als bei der SPD. Die Teilnehmerzahl bei der Demonstration der Kommunisten kann man auf etwa 70 000 schätzen, während die der SPD erheblich geringer war, kaum mehr als die Hälfte betrug. Diese starke Beteiligung bei den Kommunisten war die Quintessenz der Berliner Arbeiter auf die Panzerkreuzerpolitik der SPD und den Kampf gegen das Volksbegehren. Aber nicht das rein Zahlenmäßige der Teilnehmer war das Entscheidende in den Demonstrationen, der Unterschied kam vielmehr vor allem in der Aufmachung und Form des Auftretens der Demonstration zum Ausdruck. Die Demonstration der SPD wirkte kaum mehr wie ein Spaziergang. Man sah keinerlei Klassenkampferische Parolen, sondern nur staatsbehaltende Slogans.
Demgegenüber die Demonstration der KPD. Trotz des starken Regenwetter eine wuchtige Kampfdemonstration

Heraus zur Gedenk-Rundgebung

anlässlich des 5. Jahrestages des Reichswehreinmarsches in Sachsen

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, so ist es geschrieben in der Verfassung der Deutschen Republik. Jena Jahre hat das Proletariat nun die Staatsgewalt zu spüren bekommen, aber nie ist dieselbe im Interesse der Arbeiterschaft angewendet worden. Bei allen Kämpfen der Werktätigen sind die bewaffneten Organisationen der Republik auf Seiten des Unternehmertums gewesen und haben die Bewegungen der Arbeiterschaft blutig niedergeschlagen. Dadurch hat die deutsche Republik dokumentiert, daß sie eine kapitalistische Republik ist. Die Staatsgewalt ist die Industriellen an der Ruhr und die Junker in Mecklenburg. Ihr wahres Gesicht zeigte die von den Sozialdemokraten geschlagene „demokratische“ Republik vor 5 Jahren in den Oktobertagen in Sachsen.
Die Reichsregierung gegen Sachsen, organisiert und durchgeführt von den Sozialdemokraten Eber und Gollmann in freudem Verein mit Stresemann forderte in Pirna und Freiberg ihre Opfer. Am 27. Oktober wurden in Freiberg 34 Arbeiter von einer blindwütigen verhetzten Soldateska niedergemetzelt. Nur weil sie in dieser Zeit des Raubzuges der kapitalistischen Ausbeuter der Infanterie es wagten, ihre Stimme zu erheben gegen das System, das den Ruhrindustrialen 700 Millionen in den Taschen gemessen hat, und die sächsische Arbeiterschaft in Hunger und Elend versinken ließ.

30 Tode, 56 Verwundete und 844 Gefangene ist die Bilanz des Siegeszuges der Gollmann-Eber-Infanterie in Sachsen. Am 5. Jahrestage, am 27. und 28. Oktober marschiert das revolutionäre Proletariat zum Gedenken der Gefallenen des Reichswehreinmarsches in Freiberg auf.

Der Ausmarsch wird nicht nur eine Trauerfeier sein, sondern eine Demonstration gegen die herrschende Klasse, gegen die Scheindemokratie, für ein freies Arbeiterdeutschland! Die Toten wachen!

Heraus am 27. und 28. Oktober nach Freiberg!

KPD Ostschlesien.

mit revolutionären Slogans und Transparenten der Arbeiter zeugten von dem starken revolutionären Eifer.

Auch noch andere Tatsachen, wie diese beiden Demonstrationen besonders unterschiedlich wirkten. Die SPD führte in einem Auto etwa 40 Veteranen aus der Zeit des Sozialistengesetzes im Zuge mit sich. Dem gegenüber hatten die Kommunisten 5 Lastkraftwagen mit 100 Veteranen aus der Zeit des Sozialistengesetzes besetzt und führen sie im Zuge demonstrativ mit sich. Das war ein Zeichen dafür, daß auch die Mehrheit der Alten aus der Zeit des Sozialistengesetzes dieser revolutionären Tradition treu geblieben ist und im Lager der kommunistischen Partei steht.

Beim An- und Abmarsch der Demonstration kam es wieder zu einigen provokatorischen Ueberraschungen der Reichsbannertruppen gegen andersdenkende Arbeiter, die nur durch die Besonnenheit der letzteren nicht zu schweren Zusammenstößen ausarteten.

Revolutionäre Rundgebung in Dresden

Zum 50. Gedenktag des Erlasses des Sozialistengesetzes hatte die Bezirksleitung die Arbeiter Dresdens zu einer Rundgebung nach den Annenhallen aufgerufen. Trotzdem am gleichen Tage eine Anzahl anderer Veranstaltungen stattfanden, insbesondere in den Lichtspielen am Freiburger Platz der Krollstein zum gleichen Zeit lief, eine Tagung der Jugend, eine Konferenz des KPD-Komitees, zeigte die Rundgebung einen guten Besuch. Im großen Saal der Annenhalle waren Stuhlreihen aufgestellt, der Saal war nicht besetzt. Eine Anzahl der Teilnehmer mußte stehen.

Die Rundgebung wurde eingeleitet mit dem Spiel der „Internationale“ durch die KPD-Kapelle. Dann ergriff das Wort der alte Sozialdemokrat und jetzige Parteigenosse Schreier. In treffenden Worten zeigte er die Kampftätigkeit unter dem Sozialistengesetz und die Verdrängung der SPD in eine bürgerliche Partei. Die einzige Partei, die heute die glorreiche Tradition des Kampfes unter dem Sozialistengesetz fortführt, ist die KPD. Genosse Schreier forderte alle auf, sich der KPD anzuschließen, in ihren Reihen den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse fortzuführen. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem folgten Musikstücke durch die KPD-Kapelle. Anschließend sprach der Genosse Renner, KPD-Kapelle. Anschließend sprach der Genosse Renner, Gründlich verhierte er die Hoffnungen auf eine Niederlage oder Zersplitterung der KPD. Er zeigte die politische und wirtschaftliche Lage und das Verhalten der SPD-Führer und Minister.

Dann begrüßte er im Auftrag der Partei die alten Genossen, die zum Teil im Präsidium Platz genommen hatten. Im Auftrag der Bezirksleitung überreichte eine Jungparteiorganisation den Veteranen der Partei je ein Bild des gemordeten Führers Karl Liebknecht. Dem Genossen Schreier wurde als Zeichen der Achtung für den alten Genossen und als Andenken an den Bezirk das Bild der Genossin Luxemburg überreicht.

Diese Rundgebung zeigte, daß die Hoffnungen der Freunde des revolutionären Proletariats auf einen Niedergang der reaktionären Bewegung vergebliche Hoffnungen sind. Die gesamten Teilnehmer zeigten einen frischen Kampfesgeist und eine reiche Arbeitsfreudigkeit, den Kampf gemeinsam mit der KPD fortzusetzen.